

Reichsbürger und Selbstverwalter (Reichsbürgerbewegung)

Gründung / Bestehen seit

1985 (Gründung der ersten Reichsbürgergruppierung Kommissarischen Reichsregierung (KRR) in Berlin)

Struktur / Repräsentanz

Die heterogene Szene der **Reichsbürger und Selbstverwalter** besteht aus einer Vielzahl von Kleingruppierungen, die zum Teil miteinander kooperieren, zum Teil aber sich auch scharf voneinander abgrenzen. Neben kleinen, sektenartigen Gruppen mit hohem Organisationsgrad gibt es ebenso lose strukturierte Gruppierungen sowie Einzelpersonen, die nur im Internet aktiv sind oder sich an Behörden wenden. Die Szene unterliegt einem steten Wandel.

Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2017

rund 2.600 Anhänger (ansteigend). Bei der Mehrzahl der **Reichsbürger und Selbstverwalter** in Nordrhein-Westfalen ist keine feste Organisationsbindung erkennbar. Es handelt sich überwiegend um Einzelpersonen sowie Angehörige loser örtlicher Szenen.

Veröffentlichungen

Die einzelnen Gruppierungen verfügen meist über einen eigenen Internetauftritt, in dem umfangreiche Schriftsätze zum Download angeboten werden. Angeschlossen sind häufig entsprechende Diskussionsplattformen.

Kurzportrait / Ziele

Inhaltlicher Konsens in der organisatorisch zersplitterten Reichsbürgerbewegung sind die Behauptungen, dass erstens das Deutsche Reich in den Grenzen der 1930er Jahre weiterhin existiere und dass zweitens der Bundesrepublik Deutschland die rechtliche Legitimation fehle. Die Bundesrepublik sei deshalb nur eine GmbH und die Behörden seien nur „Scheinbehörden“. Teilweise stellen sie auch die Behauptung auf, dass eine kommissarische Reichsregierung die Staatsgewalt ausüben würde und leiten daraus für sich hoheitliche Befugnisse ab.

Die Selbstverwalter sind ein Sonderfall. Sie berufen sich auf ein selbst definiertes Naturrecht, wonach sie als Individuen staatliche Hoheitsrechte besäßen und sich in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend betrachten.

Reichsbürger und Selbstverwalter sind Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland bestreiten, beziehungsweise deren Rechtsordnung ablehnen. Diese Auffassung hat zur Folge, dass Reichsbürger den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen und Verstöße gegen die Rechtsordnung begehen. Überdies sind die Anhänger der Überzeugung, nach einem erklärten Austritt aus der angeblichen GmbH auch nicht weiter an bestehende Gesetze gebunden zu sein.

Teile der Reichsbürger-Szene überschneiden sich mit der rechtsextremistischen Szene und vertreten rechtsextremistische Argumentationsmuster. So bezeichnet sich die **Germaniten Partei** aus Vlotho beispielsweise als „Arische Partei“ und verbreitet antisemitische Verschwörungstheorien. Im November 2017 wurden durch einen der Gruppierung zuzurechnenden selbsternannten „Internationalen Richter im Kriegsrecht“ antisemitische Pamphlete an staatliche Institutionen versandt. Einige bekannte Rechtsextremisten, wie etwa Horst Mahler, versuchten in der Vergangenheit, die Reichsbürgerbewegung zu beeinflussen und gründeten eigene Gruppen.

Die Szene der **Reichsbürger und Selbstverwalter** lässt sich idealtypisch in drei Motivgruppen unterteilen: erstens Rechtsextremisten, zweitens Verschwörungstheoretiker und drittens Personen, die sich finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Staat entziehen möchten. Im jeweiligen Einzelfall können sich die Motive unterschiedlich mischen. Etliche **Reichsbürger und Selbstverwalter** haben sich der Szene innerhalb einer Lebenskrise zugewandt. Zudem handelt es sich bei der Reichsbürger-Szene um ein Agitationsfeld von Personen mit psychisch auffälligen Verhaltensmustern.

Reichsbürger und Selbstverwalter stellen ein erhebliches Gewaltpotenzial dar. Besorgniserregend sind Gewaltdelikte und ein teilweise umfangreicher Waffenbesitz in der Szene. Gerichte, Polizei und Behörden werden in ihrer Arbeitsweise behindert und deren Mitarbeiter eingeschüchtert und bedroht.

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Reichsbürger und Selbstverwalter sind verfassungsfeindlich, da sie die freiheitliche demokratische Grundordnung negieren und Aktivitäten gegen die Rechtsordnung entfalten. Zu diesen Aktivitäten gehören unter anderem das Verweigern von Steuerzahlungen und Nichtanerkennen von behördlichen Bescheiden sowie das vermeintliche Errichten eigener „Staaten“. Gerichten und Behörden gegenüber treten sie durch eine latent – mitunter auch offen – aggressive Verhaltensweise in Erscheinung. Darüber hinaus bestehen Schnittmengen mit der rechtsextremistischen Szene. Als gemeinsames ideologisches Fundament erweist sich ein gebiets- und geschichtsrevisionistisches Weltbild. Die fundamentale Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Gesetze und Institutionen bietet hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Ausrichtung, auch wenn diese Bestrebungen nur zum Teil einen eindeutig rechtsextremistischen Hintergrund haben.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die fortwährende organisatorische Neuorientierung der Szene schlug sich in Nordrhein-Westfalen vor allem in der Gruppierung **Freistaat Preußen** nieder. Bereits im August 2016 zerfiel diese nach einem Streit in zwei Gruppen, die sich gegenseitig die Berechtigung absprachen, den **Freistaat Preußen** zu vertreten. Diese gruppendifferenzielle Zersplitterung ist in 2017 bestehen geblieben und zugleich auch exemplarisch für die Szene. Bei den weiteren im Jahr 2017 in Nordrhein-Westfalen in Erscheinung getretenen Gruppierungen handelt es im Wesentlichen um die Justiz-Opfer-Hilfe (auch Volksgruppe **Germaniten**/Staat Germanien) in Löhne/Rinteln, den Verein für Bio-energetisches Leben in Hünxe und Bottrop, Indiges Volk **Germaniten** in Bochum, die Verfassunggebende Versammlung/Bundesstaat Deutschland mit dem angeschlossenen medialen Sprachrohr ddb Netzwerk („deutsche Depeschen bild&tonagentur“), die **Keltisch-Druidische Glaubensgemeinschaft** mit Vereinssitz in Dormagen sowie die **Agape**-Vereine (**Agape** ist ein neutestamentliches und christliches Wort für die göttliche Liebe) in Gelsenkirchen, Essen und Dortmund.

„Hoheitliche Befugnisse“

Einige **Reichsbürger und Selbstverwalter** stellen die Behauptung auf, dass eine kommissarische Reichsregierung die Staatsgewalt ausüben würde und leiten daraus hoheitliche Befugnisse für sich selbst ab. Mitunter suggerieren sie, eigene Staaten zu bilden, für die sie eigene „Hoheitsgebiete“ durch Fahnen oder ähnliche Symbole ausweisen, eine eigene Währung einführen oder eigene Pässe verwenden. Im Internet bieten verschiedene Gruppierungen unter Berufung auf pseudojuristische Argumentationsmuster sogenannte „echte staatliche Reichsdokumente“, wie einen „Reichspersonenausweis“ oder eine „Reichs-Fahrerlaubnis“ an. In dem Selbstverständnis einen eigenen Staat zu bilden, schreiben **Reichsbürger und Selbstverwalter** auch ausländische Botschaften an und ersuchen, diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

Gelegentlich werden eigene KFZ-Kennzeichen genutzt, deren Verwendung auf öffentlichen Straßen eine Urkundenfälschung und damit eine Straftat darstellt. Dies gilt sowohl für Fantasiekennzeichen beispielsweise des Freistaats Preußen als auch für das stellenweise Überkleben des ursprünglich zugeteilten Kennzeichens mit Motivaufklebern des Deutschen Reiches.

Behörden beschäftigen

Reichsbürger und Selbstverwalter beschäftigen die Behörden mit obskuren Anliegen. Insbesondere fordern sie von Pass- und Meldeämtern nicht amtliche Dokumente oder verlangen eine Ausbürgerung. Zuweilen begehrn sie behördliche Beglaubigungen selbst verfasster „Erklärungen unter Eid“, in denen sie zum Beispiel die Verfassung

des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 („Weimarer Reichsverfassung“) oder – als preußischer Staatsbürger – die Verfassung des Freistaats Preußen vom 30. November 1920 annehmen.

Oftmals verlangen sie von Kommunen auch den sogenannten „Gelben Schein“: Dieses amtliche Dokument ist der Staatsangehörigkeitsausweis der Bundesrepublik Deutschland, mit dem der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit dokumentiert wird und das nur in seltenen Fällen als ein über den Personalausweis hinausgehender Beleg der deutschen Staatsbürgerschaft benötigt wird. In der Reichsbürger-Szene kursiert hingegen die Behauptung, das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz in seiner Fassung vom 22. Juli 1913 sei unverändert gültig. Daher müsse man, um der Staatenlosigkeit und dem damit einhergehenden „Sklavenstatus“ zu entkommen, nach den damaligen Gesetzen einen Staatsangehörigkeitsausweis beantragen.

Als Antwort auf behördliche Bescheide, sind zunehmend Schadenersatzforderungen durch **Reichsbürger und Selbstverwalter** festzustellen. In solchen Schreiben wird mit „Vollstreckungsmaßnahmen“, „Klagen aufgrund Amtsanmaßung, Urkundenfälschung, Nötigung, Betrug und Täuschung im Rechtsverkehr“ sowie mit der Auferlegung von „Mehrkosten für diese Verwaltungsakte“ gedroht, sofern ein entsprechender Betrag nicht bis zum Ablauf einer gesetzten Frist gezahlt wird.

Auch Vollziehungsbeamte sind vielfach von Reichsbürger-Aktivitäten betroffen. Oftmals geht es den Reichsbürgern und Selbstverwaltern mit dem Verweis auf die Nicht-Existenz der Bundesrepublik Deutschland darum, Zahlungen zu verweigern oder Zwangsvollstreckungen zu verhindern. Letztlich verfolgen Reichsbürger mit diesen Aktivitäten das Ziel, Verwirrung zu stiften und Behördenmitarbeiter einzuschüchtern, um staatliche Stellen vom rechtlich gebotenen Handeln abzuhalten.

Etliche Reichsbürger-Organisationen bestärken und mobilisieren ihre Anhänger und Sympathisanten zu renitentem Verhalten gegenüber den Behörden. Insbesondere finden sich auf zahlreichen Webseiten Musterschreiben an Behörden, in denen die Nutzer nur noch den Absender und den Empfänger eintragen müssen. Einige Organisationen bieten darüber hinaus Interessenten „Weiterbildungsmaßnahmen“ an, mit denen sie ihre Anhänger für die Auseinandersetzung mit den Behörden befähigen wollen. In Einzelfällen findet auch eine diesbezügliche Beratung statt. Dabei spielt die Justiz-Opfer-Hilfe in der Szene eine wichtige Rolle. So bietet sie unter anderem im Internet verschiedene Seminare, Selbstverteidigungskurse und auch Rechtsbeistand an.

Reichsbürger und Selbstverwalter versuchen ebenso die Arbeit der Justizbehörden zu behindern, indem sie Störaktionen im Rahmen von Verhandlungsterminen initiieren. Dabei stellen sie die Identität der Justizmitarbeiter und die Legalität des Gerichts in Frage und versuchen die Durchführung der Verhandlung zu torpedieren. Die Justiz-Opfer-Hilfe vertreibt auf ihrer Webseite sogenannte Lehrhefte, in denen Scheinargumente geliefert werden, mit denen man die rechtliche Legitimation der Richter entlarven könnte.

Politische Öffentlichkeit

Klassische politische Beteiligungsformen nutzt die Reichsbürger-Szene eher selten. Die Organisation **staatenlos.info**, die weitgehend identisch ist mit der nordrhein-westfälischen Gruppierung **Neue Ordnung Deutschland**, hielt auch 2017 vor dem Kölner Hauptbahnhof sogenannte Mahnwachen ab, an denen jedoch nur wenige Personen teilnahmen. Größere Bedeutung für die Szene hat indes das Internet, wo sie in zahllosen Facebook-Gruppen und auf YouTube-Kanälen ihre Thesen verbreitet.

Gewalt und Einschüchterung

Im Umgang mit Behörden haben **Reichsbürger und Selbstverwalter** eine perfide Form der Einschüchterung von Behördenangehörigen mit Hilfe frei erfundener Schadenersatzforderungen entwickelt, die als „Malta-Masche“ bezeichnet wird. Dabei wurde versucht, die unberechtigten Geldforderungen über ein maltesisches Inkassounternehmen durchsetzen zu lassen. Auch Vollziehungsbeamte und Polizisten aus Nordrhein-Westfalen waren von dieser Form der Einschüchterung betroffen. Das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen hat deswegen unter anderem den Kommunen Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der „Malta-Masche“ gegeben. Da auch das Bundesinnenministerium gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt zur Verhinderung dieser Machenschaften in einen intensiven Dialog mit Malta und anderen Staaten eingetreten war, ist es der Szene nicht gelungen, die erfundenen Geldforderungen durchzusetzen.

Eine Besonderheit stellt der Verein **Agape** in Gelsenkirchen dar, dessen Mitglieder überwiegend dem Reichsbürgerspektrum zuzurechnen sind. Die Gruppierung ist 2017 dadurch bekannt geworden, dass Angehörige in betrügerischer Absicht massenweise elektronisch generierte Forderungen und SEPA-Lastschriften zum Nachteil der Finanzverwaltungen unter anderem in Nordrhein-Westfalen versandt haben. Mit einer vorgetäuschten Zustimmung im Lastschriftverfahren wurden die Behördenkonten mit hohen Summen belastet. Ein entsprechendes Ermittlungsverfahren ist anhängig.

Reichsbürger und Selbstverwalter versuchen staatliche Mitarbeiter von Kommunen, Justiz und Polizei bei Amtshandlungen zu filmen, zu fotografieren oder heimliche Tonaufnahmen zu fertigen. Etliche auf diese Weise entstandene Videos und Audios werden unerlaubt im Internet verbreitet. Dabei schneiden die **Reichsbürger und Selbstverwalter** das Material oft so zurecht, dass die Behördenmitarbeiter inkompotent oder überfordert dargestellt werden. Diese Strategie zielt darauf ab, die Bediensteten einzuschüchtern und von ihrem Handeln abzuhalten.

Darüber hinaus fielen sogenannte **Reichsbürger und Selbstverwalter** strafrechtlich durch passive Widerstandshandlungen bis hin zu Körperverletzungsdelikten auf. Insbesondere bedrohten Reichsbürger immer wieder Vollziehungsbeamte bei der Ausübung ihrer hoheitlichen Aufgaben. Eine besondere Problematik hierbei ist eine in großen Teilen der Szene verbreitete Waffenaffinität. Als die Polizei einen Reichsbürger im Februar 2017 in Kleve festnehmen wollte, bedrohte dieser die Einsatzkräfte zunächst mit einer geladenen Waffe. Anlässlich einer Durchsuchung bei einem Reichsbürger in Herne im Juni 2017 stellte die Polizei diverse Schusswaffen, Munition und Chemikalien sicher. Bei einer Personenüberprüfung im August 2017 in Essen versuchte ein Reichsbürger, die Waffe eines Polizeibeamten gewaltsam an sich zu bringen.

Diese Beispiele zeigen, dass die Nicht-Anerkennung der Bundesrepublik Deutschland bei manchen Reichsbürgern und Selbstverwaltern mit der Nicht-Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols verbunden ist. So legen manche **Reichsbürger und Selbstverwalter** Wert auch auf eigene Bewaffnung, um nach eigenem Gutdünken für „Sicherheit“ zu sorgen. 2016 kam es in zwei Fällen zum Schusswaffengebrauch von Angehörigen der Reichsbürger-Szene gegen Polizeibeamte in Sachsen-Anhalt und in Bayern. In Bayern starb ein Beamter durch die Schüsse, drei weitere Beamte wurden verletzt. Das Oberlandesgericht Nürnberg verurteilte den Täter am 23. Oktober 2017 wegen Mordes und versuchten Mordes in zwei Fällen zu lebenslanger Freiheitsstrafe. Die Verteidigung kündigte an, gegen das Urteil Revision einzulegen. Der Täter machte im Prozess hingegen deutlich, dass er das Gericht nicht anerkennt. Vor diesem Hintergrund erfolgt in Nordrhein-Westfalen eine intensive Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und den Polizeibehörden um bekannt gewordenen Reichsbürgern ihre waffenrechtlichen Erlaubnisse zu entziehen.

Diese schweren Straftaten werden in Teilen der Reichsbürger-Szene öffentlich gebilligt. So verbreitete eine Führungsperson aus Düsseldorf von **Neue Ordnung Deutschland** auf ihrem Facebook-Profil einen Spendenauftrag zugunsten des Reichsbürgers aus Sachsen-Anhalt, der in 2016 auf Polizisten geschossen hatte. In dem Aufruf heißt es: „Adrian ist ein echter Patriot. Er hat es uns vorgemacht und uns aufgeklärt dass alles was hier abläuft nicht auf rechtlichen Füßen steht. Adrian hat sich gegen das UNRECHT gewehrt und wurde niedergeschossen hat aber überlebt.“

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Seit 2014 werden auch in Nordrhein-Westfalen zunehmend Vorfälle mit Reichsbürgern und Selbstverwaltern bekannt. Die Szene beschäftigt durch ihre Aktivitäten intensiv die Behörden. Insbesondere sind die Kommunen betroffen. **Reichsbürger und Selbstverwalter** versuchen, mit ihren absurd anmutenden Anträgen Behördenmitarbeiter zu verwirren und behindern durch renitentes Verhalten eine zügige Bearbeitung von Vorgängen. Oftmals versuchen sie zum Beispiel Vollziehungsbeamte oder Mitarbeiter von Bürgerbüros einzuschüchtern oder zu bedrohen. Auch in 2017 hat sich diese Entwicklung nicht abgeschwächt. Insbesondere wegen der Tötung eines Polizeibeamten durch einen Reichsbürger bei der Zwangseinziehung von dessen Waffen Ende Oktober 2016 in Georgensmünd/Bayern gerieten die Aktivitäten der **Reichsbürger und Selbstverwalter** zunehmend in den Fokus auch der öffentlichen Wahrnehmung. Urkundsdelikte, Volksverhetzungen, passive Widerstandshandlungen und Körperverletzungsdelikte wurden 2017 vermehrt registriert. Besonders problematisch ist die in der Szene verbreitete Waffenaffinität sowie die Bereitschaft, Gewaltdelikte zu begehen. Die zuständigen Waffenbehörden

prüfen deshalb bei jedem bekannt gewordenen Anhänger der Reichsbürgerszene in Nordrhein-Westfalen den Entzug von etwaigen Waffenerlaubnissen.

Es muss davon ausgegangen werden, dass sich Aktionismus und Aggression in der Reichsbürger-Szene weiter verstärken und es zu Radikalisierungseffekten kommt. Deswegen bewertet der Verfassungsschutz die **Reichsbürger und Selbstverwalter** als Bestrebung mit erheblichem Gefahrenpotenzial.

Die virale Verbreitung der Reichsbürger-Ideen im Internet wird sich fortsetzen und weitere Sympathisanten zu entsprechenden Aktivitäten mobilisieren. Andererseits zeigen sich bereits Ansätze, dass die repressiven Maßnahmen der Polizeibehörden bei Straftätern, die Aufklärung über Personen und Aktionen der Szene durch den Verfassungsschutz sowie konsequentes Vorgehen der kommunalen Behörden im Umgang mit Reichsbürgern und Selbstverwaltern zugleich zur Eindämmung des Phänomens beitragen.